

Zwischen der



vertreten durch die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport

und

der Friedehorst Teilhalbe Leben gGmbH,  
Rotdornallee 64, 28717 Bremen

wird folgende

## **Vereinbarung nach § 125 Abs. 1 SGB IX**

geschlossen:

### **1. Gegenstand**

1.1 Gegenstand dieser Vereinbarung sind Leistungen, welche die Friedehorst Teilhalbe Leben gGmbH – im folgenden Einrichtungsträger genannt – für wesentlich geistig, körper- und/oder mehrfachbehinderte Kinder und Jugendliche gem. §§ 90, 113 Abs. 1 u. 2, sowie 134 SGB IX in v. mit § 27 b SGB XII bzw. gem. § 35 a SGB VIII im Hilde-Adolf-Haus (vollstationäre Einrichtung), Gut Hoher Kamp 18, 28759 Bremen erbringt.

1.2 Diese Vereinbarung bestimmt Näheres zu Art, Inhalt und Umfang der Leistung, ihrer Vergütung und ihrer Prüfung. Im Übrigen finden die Regelungen des Bremischen Landesrahmenvertrages nach § 131 Abs. 1 SGB IX (BremLRV SGB IX) vom 09.08.2019 in Verbindung mit seinen Anlagen in der aktuellen Fassung Anwendung.

### **2. Leistung**

2.1. Es werden wesentlich geistig und mehrfach behinderte Menschen aufgenommen, die auch schwerste Behinderungen haben können. Für die Aufnahme von Kindern und Jugendlichen sind die Schutzbestimmungen der §§ 45 ff KJHG anzuwenden.

Die Betriebserlaubnis vom 13.08.2021 ist Bestandteil dieser Vereinbarung.

Näheres zu Art, Inhalt, Umfang und Qualität der Leistung ist der beigefügten Konzeption der Einrichtung zu entnehmen (siehe Anlage 1).

2.2. Die Leistungen werden auf der Grundlage der derzeit gültigen fachlichen Standards und Bestimmungen sowie der vereinbarten personellen Ausstattung erbracht. Inhalt, Umfang und Qualität der Leistungen sind so zu gestalten, dass eine bedarfsgerechte Hilfe im Einzelfall gewährleistet ist. Die Leistungen müssen ausreichend und zweckmäßig sein und dürfen das Maß des Notwendigen nicht überschreiten.

2.3. Der Vereinbarung liegt eine Platzzahl von 7 zugrunde. Diese sind vorrangig für bremische Leistungsberechtigte vorzuhalten.

2.4. Der Einrichtungsträger verpflichtet sich, im Rahmen des vereinbarten Leistungsangebotes Hilfeempfänger aufzunehmen und zu betreuen.

2.5. Der Leistungserbringer hat sicherzustellen, dass er nur Personen beschäftigt oder vermittelt, die nicht wegen einer der in § 72 a Satz 1 SGB VIII genannten Straftaten rechtskräftig verurteilt worden sind. Zu diesem Zweck hat er sich bei der Einstellung, aus besonderem Anlass und in regelmäßigen Abständen (spätestens alle 5 Jahre) ein Führungszeugnis nach §§ 30 Abs. 1, 30a des Bundeszentralregistergesetzes vorlegen zu lassen. Unbeschadet dessen hat der Leistungserbringer unverzüglich geeignete Maßnahmen zu ergreifen, wenn ihm bekannt wird, dass gegen eine Person wegen des Verdachts eine solche Straftat begangen zu haben, Ermittlungen zur Strafverfolgung eingeleitet worden sind.

2.6. Der Leistungserbringer verpflichtet sich, die Bestimmungen des Mindestlohngesetzes für das Land Bremen (Landesmindestlohngesetz) in seiner jeweils gültigen Fassung zu beachten und seine Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht unterhalb des Landesmindestlohnes zu vergüten.

### **3. Leistungsentgelt**

3.1. Zur Abgeltung der Leistungen nach Ziffer 2 wird

**für den Zeitraum 01.08.2021 bis 31.12.2021**

folgende Vergütung in Euro pro Leistungsempfänger und Leistungstag vereinbart:

**Gesamtvergütung:**

**246,38 pro Person täglich**

**(Platzgeld 222,95 € pro Person täglich).**

Davon entfallen auf

- die **Grund- und Maßnahmepauschale:**

**234,26 € pro Person täglich**

und die **Bereitstellung und Erhaltung der betriebsnotwendigen Anlagen einschließlich ihrer Ausstattung** ein Investitionsbetrag in Höhe von

**12,12 € pro Person täglich**

Und **für den Zeitraum 01.01.2022 bis 31.12.2022** wird folgende Vergütung in Euro pro Leistungsempfänger und Leistungstag vereinbart:

**Gesamtvergütung:**

**253,91 pro Person täglich**

**(Platzgeld 229,73 € pro Person täglich).**

Davon entfallen auf

- die **Grund- und Maßnahmepauschale:**

**241,79 € pro Person täglich**

und die **Bereitstellung und Erhaltung der betriebsnotwendigen Anlagen einschließlich ihrer Ausstattung** ein Investitionsbetrag in Höhe von

**12,12 € pro Person täglich**

**Wird ab dem 01.01.2023 keine neue Entgeltvereinbarung abgeschlossen, wird folgende Vergütung in Euro pro Leistungsempfänger und Leistungstag vereinbart:**

**Gesamtvergütung:**

**251,83 pro Person täglich  
(Platzgeld 227,86 € pro Person täglich).**

Davon entfallen auf

- die **Grund- und Maßnahmepauschale:**

**239,71 € pro Person täglich**

und die **Bereitstellung und Erhaltung der betriebsnotwendigen Anlagen einschließlich ihrer Ausstattung** ein **Investitionsbetrag** in Höhe von

**12,12 € pro Person täglich**

Die Berechnungsgrundlage zur Ermittlung der oben genannten Pauschalen ist dem beigefügten Kostenträgerblatt zu entnehmen, das Bestandteil der Vereinbarung ist.

3.2 Die Vergütung ist nur abrechenbar, wenn eine entsprechende Zusicherung der Übernahme der Vergütung des zuständigen Sozialhilfeträgers im Einzelfall vorliegt.

#### **4. Vereinbarungszeitraum**

4.1 Diese Vereinbarung gilt für die Zeit ab dem 01.08.2021 für eine unbestimmte Dauer. Die Mindestlaufzeit beträgt 17 Monate (also mindestens bis 31.12.22)

4.2. Zur vollständigen oder teilweisen Änderung oder Aufhebung der Vereinbarung bedarf es einer schriftlichen Kündigung unter Einhaltung der unter Ziffer 4.1 bestimmten Mindestlaufzeit. Die Vergütungsvereinbarung kann mit einer Frist von mindestens 6 Wochen, die übrigen Bestandteile der Vereinbarung können mit einer Frist von mindestens 3 Monaten gekündigt werden.

#### **5. Prüfungsvereinbarung**

Im Rahmen des Verfahrens der Prüfung der Wirtschaftlichkeit und der Qualität der Leistung nach § 128 SGB IX sind die in § 24 Abs. 3 BremLRV SGB IX geforderten Berichtsunterlagen gemäß Anlage 6 des BremLRV SGB IX (Berichtsraster Qualitätsprüfung) bis zum 31. März des jeweiligen folgenden Kalenderjahres an die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport zu übermitteln.

5.2 Sollten sich Anhaltspunkte ergeben, die erhebliche Zweifel an der Leistungsqualität und Wirtschaftlichkeit der Einrichtung begründen, stellt der Träger der Einrichtung dem öffentlichen Jugendhilfeträger auf Anforderung weitergehende, zur sachgerechten Beurteilung notwendige und geeignete Prüfungsunterlagen zur Verfügung und erteilt auf Anfrage erforderliche Auskünfte. Ziel solcher Prüfungen ist es, etwaige Mängel für die Zukunft einvernehmlich abzustellen.

## 6. Sonstiges

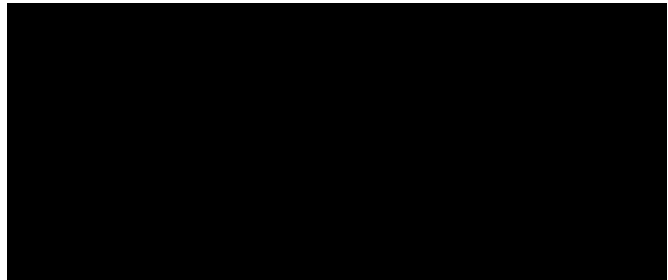
Bei Unwirksamkeit einer Bestimmung dieses Vertrages verlieren die übrigen Bestimmungen ihre Wirksamkeit nicht. Eine unwirksame Regelung ist von den Vertragsparteien durch eine wirksame zu ersetzen, die der unwirksamen in ihrer Auswirkung möglichst nahe kommt. Im übrigen gelten die Vorschriften der §§ 53 ff. des Zehnten Buch Sozialgesetzbuch (SGB X) über den öffentlich-rechtlichen Vertrag.

Dieser Vertrag unterliegt dem Bremer Informationsfreiheitsgesetz (BremlFG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des BremlFG im elektronischen Informationsregister veröffentlicht Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem BremlFG sein.

Geschlossen: Bremen im Januar 2022

**Die Senatorin Soziales, Jugend,  
Frauen, Integration und Sport**

**Einrichtungsträger**



Anlage:  
Kostenträgerblatt,  
Leistungsbeschreibung